



ALEXANDER S. KRITIKOS

Nicht weniger Staat, sondern besserer Staat: Verwaltungsqualität als Standortpolitik

Alexander S. Kritikos ist Mitglied des Vorstands und Leiter der Forschungsgruppe Entrepreneurship im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Bürokratie ist in Deutschland zu einem realwirtschaftlichen Standortrisiko geworden. Wenn sich Genehmigungsverfahren für Investitionen über Jahre hinziehen, die Zulassung von Fachkräften aus Drittstaaten an umständlichen Prozessen scheitert oder Dokumentationspflichten immer komplexer werden, bremst dies Investitionen und Innovationen.

Deutschland diskutiert seit 20 Jahren über weniger Bürokratie – und hat immer mehr davon. Allein aus Brüssel flossen zuletzt über 13.000 neue Vorschriften ein. Unternehmen werden mit Dokumentations-, Berichts- und Nachweispflichten überhäuft. Die Management-Aufmerksamkeit verschiebt sich von unternehmerischen Chancen hin zur Bewältigung administrativer Anforderungen. Die Folge: Erste Unternehmen schließen, weil sich die Produktion in Deutschland wegen steigender Bürokratielasten nicht mehr lohnt. Andere verlagern ihren Standort und tätigen Neuinvestitionen nicht mehr hierzulande. Die Bundesregierung hat das Problem erkannt. Das Ziel, die Bürokratiekosten bis 2029 um 25 Prozent zu senken, ist ein wichtiges Signal an den Standort.

Bisherige Beschlüsse – etwa zur Vereinfachung von Berichtspflichten – leisten erste Beiträge. Solange aber die Politik versucht, Vorschriften an einer Stelle abzubauen, während an anderer Stelle durch neue Vorgaben ein Vielfaches hinzukommt, bleibt der Netto-Effekt für die Unternehmen negativ. Es fehlt an einer Gesamtstrategie.

Wenn der Abbau von Regulierung in allen OECD-Staaten seit 20 Jahren weitgehend gescheitert ist, muss die Logik verändert werden. Eine moderne, komplexe Gesellschaft benötigt Regeln. Der entscheidende Hebel ist nicht die Existenz der Regel, sondern die Qualität ihrer Umsetzung. Der Fokus muss sich vom reinen Abbau von Vorschriften hin zum Aufbau einer qualitativ hochwertigen Verwaltung verschieben. Eine leistungsstarke Verwaltung federt die negativen Effekte einer hohen Regulierungsdichte effektiv ab. Wo Verwaltung sich als professioneller Dienstleister und Partner der Unternehmen versteht, wird Regulierung eben nicht als Bremse, sondern als verlässlicher Rahmen erlebt.

Für ein Unternehmen macht es einen existenziellen Unterschied, ob eine Behörde als Kontrolleur auftritt, der Prozesse blockiert, oder als Partner, der Anträge aktiv unterstützt.

Wie lässt sich ein Mentalitäts- und Strukturwandel erreichen? Vier Handlungsfelder sind entscheidend: Zum einen durch digitale Integration: Die Verwaltung muss Prozesse konsequent „end-to-end“ digitalisieren und durch den Einsatz von KI beschleunigen. Zum zweiten durch Investition in staatliche Handlungsfähigkeit: Personal und Infrastruktur müssen auf ein Niveau gehoben werden, das den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft entspricht. Servicequalität und Geschwindigkeit müssen zu zentralen Erfolgsmaßstäben werden. Zum dritten durch Verlagerung von Verantwortung: Hohe Verwaltungsqualität verlangt, Ermessen präzise zu definieren und Entscheidungsverantwortung auf die Arbeitsebene zu delegieren, statt jeden Vorgang nach oben zu reichen. Klar umrissene Handlungsspielräume auf der Sachbearbeitungsebene sind der wirksamste Beschleuniger von Verfahren. Und viertens durch Ergebnisorientierung: Schließlich besteht das Ziel darin, die Dauer von Genehmigungsverfahren zu halbieren. Um dieses Ziel zu erreichen, sind eine verbesserte Ausgestaltung von Genehmigungsprozessen und eine Straffung der Widerspruchsverfahren erforderlich.

Die Forderung an Politik, Ministerien und Wissenschaft ist klar: Deutschland braucht keinen symbolischen Abbau von Einzelschriften, sondern eine Investitionsoffensive in die Qualität der Verwaltung. Ziel muss eine Verwaltung sein, deren Exzellenz dazu führt, dass notwendige Regulierung nicht mehr als Belastung, sondern als effiziente Dienstleistung wahrgenommen wird. Das ist die Staatsmodernisierung, die den Zukunftsstandort Deutschland trägt.

Der Beitrag ist am 23. Juli 2026 im Blog Zukunftsstandort Deutschland der Bertelsmann Stiftung erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

93. Jahrgang 5. August 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Angelina Hackmann

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Adam Mark Lederer;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787